Bangladesch schaltet Mobilfunknetze in Flüchtlingslagern ab

4. September 2019



Dhaka (KNA) Bangladesch hat die Betreiber von Telefon- und Internetdiensten angewiesen, ihre Netze in den Flüchtlingslagern der Rohingya binnen einer Woche abzuschalten. Der Erlass der Regierung aus „Sicherheitsgründen“ sieht zudem ein Verkaufsverbot von Sim-Karten an Flüchtlinge vor, wie das Nachrichtenportal „Daily Sun“ (Dienstag) in Dhaka berichtet. Mit der Anordnung reagiere die Regierung von Premierministerin Sheikh Hasina auf die Gewalt der vergangenen Wochen in den Lagern sowie auf die Proteste der Flüchtlinge.

Ende August hatten rund 200.000 muslimische Rohingya bei einer Großdemonstration in den Lagern in Cox’s Bazar an ihre gewaltsame Vertreibung durch die Armee von Myanmar im August vor zwei Jahren erinnert. Zudem führte der Mord an einem Beamten zu gewalttätigen Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Rohingya. Vier Rohingya wurden laut Medienberichten von der Polizei als mutmaßliche Täter erschossen. Menschenrechtsorganisationen werfen der Polizei „außergerichtliche Tötungen“ vor.

Der Massenprotest wie auch der Ausbruch der Gewalt ereigneten sich wenige Tage nach der gescheiterten Rückführung Tausender Rohingya nach Myanmar. In einer Umfrage des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR hatten die Rohingya erklärt, sie würden nur zurückkehren, wenn Myanmar sie als Staatsbürger akzeptiere und ihre Sicherheit garantiere. Vor zwei Jahren hatte die Armee von Myanmar mit der gewaltsamen Vertreibung von mehr als 700.000 Rohingya aus dem Teilstaat Rakhine begonnen. Das mehrheitlich islamische Bangladesch öffnete aus humanitären Gründen seine Grenze und ließ die Flüchtlinge ins Land. Die Vereinten Nationen erklärten die Vertreibung zu einer „ethnischen Säuberung wie aus dem Lehrbuch“.

Hunderttausende Rohingya waren bereits in den Jahren vor 2017 vor wiederholten Pogromen nach Bangladesch geflohen. Insgesamt leben mehr als eine Million Rohingya in Lagern in Bangladesch. Die Rohingya gelten als eine der am stärksten unterdrückten und verfolgten ethnisch-religiösen Minderheiten weltweit.

(KNA - tktkn-89-00039)

Stand: 25. November 2026